

# PERSPEKTIVE

## Zeitung für Solidarität und Widerstand

Monatlich gedruckt  
& täglich unter:  
[perspektive-online.net](http://perspektive-online.net)



Am 1. Mai und jeden Tag:  
**Bereit machen für  
die neue Zeit!**

Bild: No machine-readable author provided. Soman assumed (based on copyright claims)., Madrid may day 975, CC BY-SA 2.5

**Die Kapitalist:innen steuern in immer größere Krisen und immer größere Kriege – und wir Arbeiter:innen zahlen den Preis dafür. Erst wenn wir unsere Geschicke in die eigene Hand nehmen, wird sich das ändern. - Ein Kommentar von Mohannad Lamees.**

Wir leben in stürmischen Zeiten: Deutschland schickt sich an, in der kommenden Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Mächten nicht nur die zweite Geige spielen zu müssen. Zwar ist Deutschland heute noch nicht bereit, in das immer aggressivere Ringen der imperialistischen Mächte, allen voran der USA, Russland und China, im großen Stil einzusteigen. Doch der deutsche Staat unternimmt alles, um deutschen Konzernen auch in Zukunft besonders günstige Ausbeutungsmöglichkeiten und hohe Profite zu sichern. Das bekommen wir bereits heute tagtäglich zu spüren: der Lebensstandard sinkt langsam, aber kontinuierlich. Und die Hoffnung darauf, dass für uns alle die

Kurve bald wieder nach oben zeigt, wird von Kürzungspaketen und Stellenabbau immer wieder zunichte gemacht.

### Deutsche Konzerne kämpfen um Profite

Tatsächlich kommt die deutsche Wirtschaft seit der letzten größeren Krise 2019 einfach nicht ins Rollen, sondern stagniert. Der deutsche Staat versucht zwar tatkräftig die deutschen Konzerne zu unterstützen und hat mit verschiedensten Geschenken in den letzten Jahren immer wieder neue Anläufe unternommen, um den lang ersehnten Aufschwung anzukurbeln. Doch statt dickem Plus in den

Bilanzen kämpfen deutsche Konzerne weiter vor allem damit, gegen die chinesische Industrie und die amerikanische Tech-Branche nicht unterzugehen. Miele, Siemens und Bosch bauten bereits zehntausende Stellen ab. Und allein im ehemaligen deutschen Flaggschiff, der Autoindustrie, sind von Herbst 2024 bis Herbst 2025 innerhalb eines Jahres knapp 50.000 Arbeitsplätze verlorengegangen.

Auch der Volkswagen-Konzern verlangt derzeit von seinen eigenen Arbeiter:innen einen dauerhaften Lohnverzicht und droht ansonsten mit der Schließung einiger oder sogar aller seiner Werke in Deutschland. **> Weiter auf Seite 2**

### Staat und Schulen schützen Mädchen nicht

Die Missbrauchsfälle durch Lehrer in Erfurt und Bremen zeigen ein Versagen der Schulen, Lehrer:innen, Gerichte und Gesetze auf. Täter bleiben lange ungestört, und Betroffene können sich auf keinen Schutz verlassen. **> Seite 3**

### Kritischer Journalismus im Fadenkreuz

In Kriegen und Krisen verschärft sich auch der Druck auf die Pressefreiheit. Wo Gewalt gegen Journalist:innen angewendet wird, geht es stets auch darum, alle Journalist:innen und Aktivist:innen, die es ihnen gleich tun könnten, einzuschüchtern. **> Seite 6**

### Interview: „Dieser Kampf ist ein gemeinsamer“

Die griechische klassenkämpferische Betriebsorganisation „Taxiki Poreia“ hat im Februar eine landesweite Konferenz in Athen veranstaltet. Wir haben die Genoss:innen zu den Ergebnissen ihrer Konferenz interviewt. **> Seite 7**

### 70 Jahre BND: Spionage für den Krieg

Vor 70 Jahren wurde der deutsche Auslandsgeheimdienst BND von den USA zusammen mit Faschist:innen gegründet. Heute wird der Geheimdienst im Zuge der deutschen Kriegsvorbereitungen weiter ausgebaut. **> Seite 8**

## Schon wieder Krieg - was machen wir?

Mit dem jüngsten Überfall auf den Iran am 28. Februar wollten die USA und Israel einen Regimewechsel im Land erzwingen und den Raum Westasien nach ihren Interessen umgestalten. Die offensiven Gegenschläge des Iran gegen die gesamte Golfregion haben die Weltwirtschaft in eine nachhaltige Krise gestürzt, der Krieg

gegen den Iran droht zu einem Flächenbrand zu werden. Gleichzeitig regen sich in Deutschland in den letzten Jahren vermehrt Antikriegsproteste. Wollen wir diese weiterentwickeln und tatsächlich kommende Kriege verhindern, müssen wir das Problem an der Wurzel packen. **> Seiten 4-5**



Das Spiel mit der Angst hat System: Schon 2024 schwörten die Betriebsräte und die Gewerkschaft die VW-Arbeiter:innen darauf ein, gemeinsam für das Überleben des Konzerns niedrigere Löhne in Kauf zu nehmen, während sich das VW-Management den Bonus-Höchstsatz auszahlte. Und auch in anderen Branchen haben wir Arbeiter:innen am Ende des Monats faktisch weniger Geld als noch vor einigen Jahren zur Verfügung – daran ändern auch die lauwarmen Tarifabschlüsse mit den mageren Erhöhungen zum Beispiel im öffentlichen Dienst wie zu Beginn des Jahres nichts.

Während die Konzerne so die Kosten der Krise auf uns Arbeiter:innen abwälzen, fordern sie gleichzeitig vom deutschen Staat noch mehr Unterstützung. Mit der Grundgesetzänderung vom Frühjahr 2025 des zum damaligen Zeitpunkt de facto bereits abgewählten Bundestags ermöglicht der Staat im nächsten Jahrzehnt milliardenschwere Großaufträge an die eigene Industrie. Neben dem Aufbau einer von anderen imperialistischen Staaten unabhängigeren Energieversorgung steht vor allem das Pöppeln der eigenen Rüstungsindustrie im Vordergrund. Die deutsche Rechnung: Eigene Wirtschaft ankurbeln und kriegstüchtig werden zum Preis von einem.

### Arbeiter:innen zahlen den Preis

Und auch wenn Deutschland nach wie vor die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt ist, wächst weder das Geld für die Geschenke an das Kapital auf den Bäumen, noch kommen die Finanzspritzen wirklich uns Arbeiter:innen zugute. Nein, damit der Staat massiv Geld in die Wirtschaft – sprich in die Profite der Kapitalist:innen – hineinpumpen kann, muss er an anderen Stellen kürzen. Genau das erleben wir derzeit, wenn die Merz-Regierung das Rentensystem „reformiert“ und damit ältere Menschen zwingen möchte, länger zu arbeiten, Sanktionen für Bürgergeldempfänger:innen verschärft und die Bezüge so gekürzt werden oder im Gesundheitswesen zwar die Krankenkassenbeiträge für uns steigen, Leistungen und Versorgungsleistungen aber immer spärlicher werden.

Bundeskanzler Merz machte bereits sehr deutlich, dass er uns allen einen „neuen Konsens der Gerechtigkeit“ aufdrücken möchte. Mit anderen Worten: Wir Arbeiter:innen sollen uns daran gewöhnen, dass wir mehr arbeiten müssen, dass wir weniger Unterstützung durch den Staat bekommen und dass im Großen und Ganzen noch mehr des gesellschaftlichen Wohlstands, den eigentlich

wir Arbeiter:innen erarbeiten, an die Kapitalist:innen umverteilt werden wird. Dahinter steckt nichts anderes als der eigentliche Charakter der Gesellschaft, in der wir heute leben: Wir leben in einer Klassengesellschaft, in der eine kleine Minderheit, die Kapitalist:innen, über die Mehrheit, uns Arbeiter:innen, herrscht, um uns für ihre eigenen Profite ausbeuten zu können. Je offensiver der deutsche Staat die Interessen der deutschen Kapitalist:innen absichert, desto klarer tritt dieser grundsätzliche Charakter hervor.

Lange war Deutschland in der Lage, genau dieses Verhältnis zu verstecken – vor allem vor den eigenen Arbeiter:innen. Deutsche Kapitalist:innen konnten es sich leisten, die eigenen Arbeiter:innen gut zu versorgen und durch Zugeständnisse einen „Frieden“ zwischen den Klassen zu erkaufen. Doch genau dieser Frieden wurde von den Kapitalist:innen aufgekündigt – und Stellenabbau und Kürzungspolitik sind die ersten Angriffe von vielen, die die Kapitalist:innen mithilfe des kapitalistischen Staates gegen uns fahren werden.

### Eine gemeinsame Bewegung schaffen

Dass es in Deutschland überhaupt einen Sozialstaat mit Rentensystem, einem 8-Stunden-Tag und Grundversorgung für die meisten Menschen gibt, ist das Ergebnis jahrzehntelanger Arbeitskämpfe gewesen. Wenn die Merz-Regierung aus CDU und SPD heute beispielsweise versucht, den 8-Stunden-Tag unter dem Vorzeichen einer angeblichen „Flexibilisierung“ aufzuweichen und uns dar-

auf vorbereitet, für das gleiche Geld zukünftig zehn oder mehr Stunden arbeiten zu müssen, dann greift sie damit die Erfolge der internationalen Arbeiter:innenbewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts an. Durch Streiks und Aufstände konnte sich die internationale Arbeiter:innenbewegung von der ersten Er kämpfung des 8-Stunden-Tags durch Bauarbeiter in Melbourne im Jahr 1856 bis zum fünf Monate langen Streik für kürzere Arbeitszeiten der Textilarbeiterinnen im sächsischen Crimmitschau 1904 und 1905, von den Haymarket Riots im Jahr 1886 in Chicago bis zum „Blutmai“ 1929 in Berlin dieses Recht erst sichern.

In Gedenken an die Haymarket Riots entstand in den 1880er Jahren der internationale Kampftag der Arbeiter:innenklasse am 1. Mai. Auch dieses Jahr werden zu diesem Tag Arbeiter:innen in ganz Deutschland wieder zu Zehntausenden auf die Straße gehen. Heute, das müssen wir aber nüchtern feststellen, stehen wir den Angriffen des Kapitals deutlich unorganisierter, deutlich wehrloser gegenüber als vor 100 oder 150 Jahren. Während die Kapitalist:innen immer größere Angriffe auf unsere Klasse planen, bremsen die Gewerkschaften unsere Forderungen und Kämpfe heutzutage eher aus, anstatt uns zu mehr Durchschlagskraft zu verhelfen. Und statt gemeinsamen Kampf als Klasse sind wir Arbeiter:innen, nicht zuletzt durch den von Kapitalseite befeuerten Sozialchauvinismus, zutiefst gespalten.

Genau diesen Zustand gilt es heute zu überwinden! Machen wir uns deutlich, in was für einer Gesell-

schaft, in was für einer Zeit wir heute leben: Merz und Co. wollen uns weismachen, dass es uns allen bald wieder besser geht, wenn einige von uns Arbeiter:innen den Gürtel ein wenig enger schnallen und wir fleißiger werden. Doch tatsächlich steuern wir, angetrieben vom ewigen Streben der Kapitalist:innen nach mehr Profiten, auf immer größere Krisen und Kriege zu. Nur der Wiederaufbau einer Arbeiter:innenbewegung, die geschlossen zusammensteht und die Angriffe des Kapitals zurückschlägt, kann das Ruder herumreißen.

### Sozialismus erkämpfen

Erst, wenn wir Arbeiter:innen selbst unsere Geschicke lenken und die gesellschaftlichen Verhältnisse umstürzen, wird der Zyklus aus neuen Krisen und neuen Kriegen dauerhaft durchbrochen werden. Um das zu erreichen, müssen die Kapitalist:innen enteignet werden – ihre Fabriken und Produktionsstätten, ihre Maschinen, Büros und Rohstoffe müssen allen gehören. Nicht die VW-Manager:innen entscheiden dann zum Beispiel darüber, wie der Konzern geleitet wird, indem sie ihre eigenen Interessen und die Interessen der VW-Eigentümer in den Vordergrund stellen, sondern die Arbeiter:innen, die die Werke erst mit Leben füllen, entscheiden selbst. Hält diese Produktionsweise in allen Betrieben Einzug, dann ist die Grundvoraussetzung dafür geschaffen, dass wir tatsächlich eine neue Gesellschaft aufbauen. Das wird eine Gesellschaft sein, in der der Wohlstand, den wir erarbeiten, auch gerecht auf alle verteilt wird und uns allen zugute kommt. Es geht dann nicht mehr darum, zu produzieren, um die Taschen der Kapitalist:innen zu füllen, sondern um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Mit dem Ende der extremen Ungleichheit in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums wird dann auch die Grundlage dafür gelegt werden, dass nicht mehr die Reichsten bestimmen, sondern wir alle gemeinsam unser Zusammenleben organisieren. Die Gesellschaftsform, in der all dies möglich ist, wurde von der internationalen Arbeiter:innenbewegung seit Mitte des 19. Jahrhundert als Sozialismus bezeichnet.

Vergessen wir deswegen nicht: Es waren sozialistische Ideen und Kämpfe, die uns die Errungenschaften der Arbeiter:innenbewegung beschert haben. Und es können sozialistische Ideen und Kämpfe sein, mit der wir heute eine neue Arbeiter:innenbewegung aufbauen, diese Errungenschaften zu verteidigen, dauerhaft zu sichern und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Beenden wir die Zeit der Kapitalist:innen. Machen wir uns bereit für eine neue Zeit!



# Missbrauchsfälle an Schulen: Staat und Schule schützen Mädchen nicht

Die Missbrauchsfälle durch Lehrer in Erfurt und Bremen zeigen ein Versagen der Schulen, Lehrer:innen, Gerichte und Gesetze auf. Täter bleiben lange ungestört, und Betroffene können sich auf keinen Schutz verlassen. - Ein Kommentar von Aziza Mounir.

Anfang Februar 2026: Ein Gymnasiallehrer wird am Erfurter Landgericht zu einer Haftstrafe verurteilt. Über Jahre hinweg hat er Schülerinnen sexualisierte Gewalt zugefügt. Ein weiterer Lehrer desselben Gymnasiums wurde im Oktober des vergangenen Jahres wegen ähnlicher Vorwürfe ebenfalls zu einer Haftstrafe verurteilt.

Das Verhalten des Lehrers gegenüber Schülerinnen war wohl auch „Gesprächsthema“ in der Schule. Der Richter des Falls war entsetzt über die Inhalte der Akten. Für ihn entstand der Eindruck, dass es lange dauerte, bis an der Schule überhaupt etwas geschah.

Der besonders groteske Zustand an der Schule zeigte sich darin, dass sich eine der betroffenen Schülerinnen wegen der ihr zugefügten Gewalt durch einen derspäter verurteilten Lehrer einem anderen Erwachsenen anvertrauen wollte. Dieser verlangte, anstatt zu helfen, pornografische Bilder von ihr. Hierbei handelt es sich um den anderen verurteilten Lehrer.

Mitte Februar 2026 fiel dann ein Urteil im 350 km entfernten Bremen: Ein Lehrer wurde von seiner Schule freigestellt. Ein ehemaliger Schüler erhob im Schulsenat Vorwürfe gegen den Lehrer: Bei einem Ausflug zu einem Badesee soll er initiiert haben, dass Schülerinnen sein Auto im Bikini waschen. Dabei soll er sie gefilmt haben. Außerdem soll er sich sexuell übergriffig verhalten und die Schülerinnen angefasst haben. Hinzu kommt, dass der Lehrer vor mehreren Jahren ein „sexuelles Verhältnis“ mit einer 18-jährigen Schülerin gehabt hat.

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Bremen: Der Lehrer muss „amtsangemessen“ beschäftigt werden. Denn eine Suspendierung ist nur zulässig, wenn eine Entfernung aus dem Beamtenverhältnis zu erwarten ist. Davon wird in der Beurteilung des gerichtlichen Eilverfahrens bisher nicht ausgegangen. Ein Disziplinarverfahren der Bildungsbehörde läuft momentan gegen den Lehrer, wobei der Sachverhalt geklärt wird. Es ist klar: Der Lehrer wird nicht



„Ni Una Menos! // Buenos Aires 2016“ von Colores Mari, CC BY 2.0 <https://www.flickr.com/photos/nachoeuropa/27357473542/>

mehr an seine alte Schule zurückkehren. Jedoch muss die Bremer Bildungsbehörde den Mann weiterhin beschäftigen.

## Das Patriarchat macht keinen Halt vor der Schule

Die Fälle zeigen: Patriarchale Gewalt macht nicht vor Schulen halt. Der Unterdrückungsmechanismus des Patriarchats weist Frauen und anderen Geschlechtern bestimmte Rollen und Verhaltensweisen zu, die dem Mann untergeordnet sind. Durchgesetzt wird diese Unterdrückung in zugespitzter Form durch patriarchale Gewalt in Form von psychischer, körperlicher oder sexualisierter Gewalt.

Das Patriarchat ist in allen gesellschaftlichen Bereichen wiederzufinden – im Berufsalltag, in romantischen Beziehungen oder eben auch im Schulleben. Die Schule sollte für Schüler:innen ein weiterer sozialer Schutzraum sein. Besonders Kinder und Jugendliche bedürfen deshalb eines besonderen Schutzes.

Die Realität des aktuellen gesellschaftlichen Systems zeigt jedoch, dass die Lage eine andere ist. Es gibt Lehrer, die ihre Machtpositionen und Vorbildfunktion ausnutzen, um Schülerinnen zu missbrauchen – so auch in Erfurt und Bremen.

## Betroffene werden zum Schweigen gebracht

Welchen Umgang Betroffene sexual-

lisierter Gewalt im Schulkontext erleben, wurde durch eine Studie aufgearbeitet. Die Betroffenen werden häufig durch Drohungen der Täter zum Schweigen gebracht. Gerade im schulischen Kontext wird durch das extreme Gefälle bei Alter und Machtposition zwischen Betroffenen und Tätern die Schülerin durch den Lehrer bagatellisiert oder bedroht. Auch unzureichende sexuelle Bildung ist ein Faktor, warum Betroffene über das Erfahrene schweigen. Schüler:innen sollten theoretisch in der Lage sein, das was ihnen passiert beschreiben zu können, um sich Unterstützung zu holen.

Ignoranz anderer Lehrer:innen, Schüler:innen oder sogar der Eltern zeigt sich gerade dann, wenn offensichtliches übergriffiges Verhalten als „Gesprächsthema“ in der Schule kursiert, die Konsequenzen des Handelns jedoch ausbleiben – es bleibt bei Getratsche.

Nicht zuletzt ist auch das bewusste Ignorieren bzw. Unter-den-Teppich-Kehren durch die Verantwortlichen ein Grund, warum Betroffene nicht über ihre Lehrer:innen hinaus über das Erlebte sprechen. Schulen stellen den Schutz der Institution und des eigenen Rufs vor den Schutz von Schüler:innen.

Schweigen und Scham der Betroffenen geben den Tätern auch nach dem Übergriff Macht über das Leben der Betroffenen.

Der Fall in Bremen zeigt: Die Gesetze

in Deutschland schützen Schülerinnen nicht ausreichend vor sexualisierten Übergriffen und Gewalt durch Lehrer. Die Frage des Beamtenstatus wird direkt gegen den Schutz von Schüler:innen abgewogen. Entsprechende Gesetze stützen dies.

## Frauen schützen Frauen

Im Kampf gegen das Patriarchat helfen Mädchen und Frauen vor allem Solidarität und der Zusammenschluss mit anderen. Ob in der Schule, in der Uni oder im Betrieb: Es ist wichtig, Mitschüler:innen, Kommiliton:innen, Kolleg:innen oder Nachbar:innen zu glauben, wenn sie von Fehlverhalten und Gewalt berichten. Die Gerichte erwarten von Frauen oft eine lückenlose Beweiskette über das, was ihnen widerfahren ist. Die Vorteile, die Männer durch ihr Verhalten erlangen, oder das Machtgefälle zwischen Tätern und Betroffenen werden größtenteils nicht ernsthaft berücksichtigt.

Ein kollektiver Umgang mit dem Erlebten hilft den Betroffenen, sich gegen Einschüchterung und Erpressung zu wehren. Während Täter häufig auf die Vereinzelung und die Scham der Betroffenen setzen, kann dem durch Kollektivität begegnet werden. Verantwortliche Institutionen können so entschlossener zur Verantwortung gezogen und Strukturen, die Täter schützen, aufgebrochen werden.

Nicht zuletzt gilt es auch, das Patriarchat als Unterdrückungsmechanismus zu überwinden, damit es nicht mehr zu patriarchalem Fehlverhalten und Gewalt kommt. Dies gelingt, wenn Frauen und Mädchen in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten sind und entsprechenden Schutz sowie Prävention organisieren.

Solche Schutz- und Präventionsmaßnahmen können schon im Kleinen organisiert werden – auch in Schulen können sich Schülerinnen untereinander organisieren: in einer Frauen-AG, durch Vorträge oder bei Schüler:innenversammlungen. Möglichkeiten gibt es viele. Nutzen wir sie!

# Krieg im Iran: Beginn eines Flächenbrandes?

Mit dem Überfall auf den Iran am 28. Februar wollten die USA und Israel einen Regimewechsel im Land erzwingen und den Raum Westasien nach ihren Interessen umgestalten. Die offensiven Gegenschläge des Iran gegen die gesamte Golfregion haben die Weltwirtschaft in eine nachhaltige Krise gestürzt. Dies betrifft auch den deutschen Kapitalismus. - Ein Kommentar von Thomas Stark.

Ein absehbares Desaster: Drei Wochen nach dem Angriff der USA und Israels auf den Iran war dessen Regime noch keinesfalls gestürzt. Trotz der Tötung eines Großteils der staatlichen und militärischen Führung und großer Zerstörungen im Land waren die militärischen Kräfte vor allem der iranischen „Revolutionsgarden“ (IRGC) weiterhin handlungsfähig und beschossen Israel und die arabischen Nachbarländer mit Raketen und Drohnen. Durch die Sperrung der Straße von Hormus war der Schiffsverkehr durch die Meerenge um 95 Prozent zurückgegangen und damit einer der wichtigsten globalen Transportwege für Öl, Gas und Düngemittel faktisch lahmgelegt. Selbst bei einem Waffenstillstand werden die Folgen davon noch Monate bis Jahre zu spüren sein, zumal mit Stand Ende März auch knapp 40 Ölraffinerien, Gasfelder und andere Produktionsstätten für Energieträger in der Golfregion beschädigt waren.

Die Folgen waren schnell rund um den Globus zu spüren: In Deutschland schossen die Preise für Benzin und Diesel auf weit über 2 Euro, was durch die Preispolitik der Mineralöl-Monopole zusätzlich verschärft wurde. In Bangladesch kam es infolge des Lieferausfalls bei Flüssiggas zu Stromausfällen in der Textilindustrie. Von Indien bis zu den Philippinen mussten Fabriken teilweise ihre Produktion herunterfahren. Asiatische Regierungen führten Rationierungen von Treibstoff und Fahrverbote für Privatautos ein und schränkten den Öffentlichen Dienst ein, um Energie zu sparen. In Brasilien drohten LKW-Fahrer:innen infolge der Preisexplosion bei Diesel mit Streiks. Eine Agrarkrise zeichnete sich infolge der Blockade von Düngelieferungen bereits ab, China als zweitgrößter Düngerelexporteur verhängte zudem einen Auslieferungsstopp.

Der Überfall auf den Iran kam nicht als Überraschung. Bereits im vergangenen Jahr hatte Israel seinen strategischen Konkurrenten in der Region im sogenannten Zwölf-Tage-

Krieg angegriffen und mithilfe der USA Schläge gegen dessen Atomprogramm geführt. Schon Wochen vor dem Angriff am 28. Februar hatten die USA das größte Militäraufgebot seit dem Irakkrieg 2003 in der Region aufgeföhren.

## Imperialistischer Krieg vor geostrategischem Panorama

Die Feindschaft der USA und Israels mit dem Iran geht auf die iranische Revolution von 1979 zurück, als breite Volksmassen das mit den USA verbündete Schah-Regime stürzten. In der von fortschrittlichen politischen Kräften in den Städten begonnenen Revolution setzte sich der schiitische Klerus um Ayatollah Ruhollah Khomeini (1902-1989) als führende Kraft durch und errichtete die Islamische Republik. Diese richtete sich nach außen gegen die Interessen des US-Imperialismus und Israels, bildete zugleich aber ein nach innen rückschrittliches Regime, das seine früheren sozialistischen Bündnispartner verfolgte und ermorden ließ. Der am 28. Februar getötete Ayatollah Ali Khamenei war der Nachfolger Khomeinis als „Oberster Führer“.

Schon lange wollten die USA und Israel mit ihrem iranischen Erzfeind aufräumen. In den 1980er Jahren bewaffneten sie dafür den irakischen Diktator Saddam Hussein, der den Iran angriff und dort massenhaft Chemiewaffen einsetzte. Die frühere US-Präsidentenskandidatin Hillary Clinton erklärte 2008, dass eine Regierung unter ihrer Führung den Iran angreifen werde. Diese Position vertraten auch zahlreiche weitere Hardliner in der US-Regierung wie der frühere Nationale Sicherheitsberater John Bolton. Sie hatten sich damit aber trotz entsprechenden Drucks aus Israels nicht durchsetzen können.

Der jetzige Überfall ist auch vor dem Hintergrund der Rivalität des US-Imperialismus mit China zu verstehen: Der Iran war bislang der wichtigste Verbündete Chinas in Westasien, der

die Volksrepublik unter anderem mit zwölf Prozent ihrer Ölimporte versorgte.

## Asymmetrische Kriegsführung des Iran

Die US-Regierung unter Donald Trump ging vor dem 28. Februar offenbar davon aus, dass sie den Iran durch einen Enthauptungsschlag gegen seine Führung entscheidend schwächen und zu Verhandlungen zwingen könne. Das Risiko einer Blockade der Straße von Hormus wurde laut Einschätzung unter anderem des demokratischen US-Senators Chris Murphy unterschätzt, der sich dabei auf nicht-öffentliche Senatsbriefings durch das Militär beruft.

Das iranische Regime konnte seine dezentralen Kommandostrukturen in den ersten Kriegswochen trotz der Tötung zahlreicher führender Figuren nicht nur aufrechterhalten. Vielmehr trieb es die Kosten des Krieges für die USA, Israel und ihre Verbündeten immens nach oben: Erstens durch die Überforderung ihrer Luftabwehrsysteme mit dem Abschuss billiger Raketen und Drohnen. Zweitens durch das Absetzen von Wasserminen, die neben den Drohnen ausreichten, um Tanker von der Durchfahrt durch die Straße von Hormus abzuhalten. Eine vollständige militärische Vernichtung der IRGC, die knapp 200.000 aktive Kräfte umfassen, gilt als unwahrscheinlich.

## Deutsches Kapital hart getroffen

In den ersten Kriegswochen hat sich die deutsche Regierung klar gegen einen Bundeswehreinsatz in der Golfregion ausgesprochen. Inwiefern sie dieses Nein auch bei einer andauernden Meeresblockade aufrechterhält, muss man abwarten. Wie schon beim Irakkrieg 2003 lässt sie die USA ihre Militärstützpunkte in Deutschland trotzdem für den Krieg benutzen. Das betrifft vor allem die Ramstein Air Base, die seit Jahrzehnten ein zentraler Knotenpunkt der US-Kriegsfüh-

rung in Westasien ist.

Getroffen wird das deutsche Kapital durch die Kriegsfolgen bereits jetzt sehr hart. Die deutsche Wirtschaft befand sich nach einer jahrelangen Dauerkrise infolge von Überproduktion, Corona-Pandemie und Ukrainekrieg in einer leichten Erholungsphase. Jetzt schlagen die steigenden Energie- und Frachtkosten zusammen mit erneut unterbrochenen Lieferketten direkt auf die Gewinne der deutschen Industrie. Inwieweit die deutsche Regierung versuchen wird, die Krisenfolgen für Unternehmen



und Bevölkerung erneut durch Milliardenpakete abzufedern, wird sich erst in den nächsten Monaten und in Abhängigkeit vom weiteren Kriegsgeschehen abzeichnen. Dass dieses in überschaubarer Zeit mit mehr als einem fragilen Waffenstillstand enden könnte, erscheint derzeit unwahrscheinlich.

Die Arbeiter:innenklasse in Deutschland muss sich deshalb auf eine eventuelle deutsche Kriegseteiligung, auf eine neue Teuerungswelle und neue Angriffe von Kapital und Regierung vorbereiten.

# Ostermarsch und Schulstreik:

## Für eine konsequent antimilitaristische Antikriegsbewegung

Antikriegsproteste erfahren zuletzt in Deutschland neuen Aufschwung. Wollen wir sie weiterentwickeln, müssen wir das Problem an der Wurzel packen. – Ein Kommentar von Leon Wandel.

Spätestens seit der im Februar 2022 durch den damaligen Kanzler Olaf Scholz (SPD) ausgerufenen „Zeitenwende“ läuft der deutsche Militarismus wieder an. Der schwindende Absatzmarkt für deutsche Produkte, eine wirtschaftliche Krise und der Rückzug der USA aus der NATO haben in der Regierung zu einem Strategiewechsel geführt. In einer solchen angespannten Lage kennen Staaten, die den Gesetzen des kapitalistischen Marktes unterliegen, nur die Flucht nach vorn.

Die Devise lautet Aufrüstung, um wieder zu „alter Stärke“ zu gelangen. In der Folge wurde die Wehrpflicht wieder eingeführt. Zudem wurden hunderte Milliarden Euro in Militär und kriegsnotwendige Infrastruktur

gesteckt. Die spezialisierte Bundeswehr, die durch begrenzte Auslandseinsätze die Interessen des deutschen Kapitals sichert, soll im Kriegsfall in der Lage sein, zu einer Massenarmee zu werden. Deutschland soll kriegstüchtig werden. Und gegen genau diesen Militarismus des deutschen Staates wehren sich in den letzten Jahren immer mehr Menschen.

seit 2022 die Bewegung immer wieder belebt. Die Kräfte auf den Friedensmärschen vertreten sehr unterschiedliche Positionen. Vor allem der Ukrainekrieg hatte einen starken Rechtsruck der ursprünglich fortschrittlichen Ostermärsche nach sich gezogen. Denn einige Kräfte stellten sich einseitig hinter die Ukraine und ihre westlichen Verbündeten und verteidigten die Interessen der NATO. Ein anderer Teil stellte sich hinter Russland. Der Vorwurf, „russlandtreu“ zu sein, wurde vom Staat zudem instrumentalisiert, um antiimperialistische Kräfte

zu diffamieren. Neben dem Rechtsruck der linken Kräfte beteiligten sich rechte Organisationen wie „Die Basis“ und Teile des „Querdenker“-Spektrums an den Protesten.

Doch auch fortschrittliche Tendenzen zeigen sich: Neben der Forderung der Beendigung des Genozids in Gaza wird immer öfter die kapitalistische Produktionsweise als Ursache der Kriege benannt und ein entschiedener Kampf gegen den Militarismus gefordert. Das zeigt sich auch in den Parolen. Denn nicht nur auf dem Ostermarsch, sondern auch auf zwei Schulstreiks in den vergangenen Monaten wurde laut gerufen: „Die Reichen wollen Krieg – die Jugend eine Zukunft!“

Die Schüler:innen bestreikten im März bereits das zweite Mal die Schulen, um für eine Zukunft zu kämpfen, in der sie nicht für die Interessen der Herrschenden an die Front geschickt werden. Dabei nahmen wieder über 50.000 Schüler:innen und Eltern teil. Denn auch die Erwachsenen setzten an beiden Demonstrationen ein starkes Zeichen, dass weder sie noch ihre Kinder den Krieg von Merz, Pistorius und Co. wollen. Für den 8. Mai, den Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, ist ein dritter Streik angesetzt.

Auf diese kämpferischen Streikdemonstrationen antwortete die Polizei mit starken Repressionen. Schüler:innen in Stuttgart wurde ein Bußgeld angedroht, würden sie ein weiteres Mal streiken. Ebenfalls in Stuttgart wurden die Schultore verschlossen, damit sich die Schüler:innen nicht der vorbeiziehenden Demonstration anschließen konnten. Außerdem wurde ein Münchner Schüler wegen eines Schildes mit der Aufschrift „Merz, stirb doch selbst an der Ostfront“ verhaftet.

Ziel dieser Repressionen ist es, die kämpferische antimilitaristische Bewegung schon heute im Keim zu ersticken und zu verhindern, dass sie zu einer Massenbewegung wird. Denn diese Massen will der Staat für die Bundeswehr oder die Kriegsproduktion gewinnen. Und in einem Kriegsfall zielt die BRD darauf ab, die Bevölkerung hinter ihre Interessen zu vereinen, anstatt dass sie für ihre Interessen aufsteht.

### Pazifismus – Machtkampf ohne Machtinstrumente?

Ein großer Teil der Friedensbewegung in Deutschland stellt heute pazifistische Forderungen auf. Oft sind diese verbunden mit moralischen Appellen an den Rechtsstaat. Dabei wird allerdings außer Acht gelassen, dass weder die Gerichte noch Politiker:innen das Problem an der Wurzel fassen werden. Denn für langfristigen Frieden müsste man die kapitalistische Ordnung zerschlagen. Da der Kapitalismus auf Grund seiner immer wieder aufkommenden Krisen stetig neue Kriege schafft, brauchen wir eine andere Ordnung. Im Sozialismus produzieren die Menschen nur nach ihren Bedürfnissen und nicht nach denen der Kapitalist:innen. Also führt man im Sozialismus auch keine Kriege mehr für die Interessen der Kapitalist:innen.

Doch die Herrschenden werden ihre Vormachtstellung weder durch friedliches Demonstrieren noch durch moralische Appelle aus den Händen geben. Und genau da kommt der Pazifismus an seine Grenzen. Daher bedeutet es für eine konsequente antimilitaristische Bewegung, im Kampf gegen den Militarismus kein Mittel auszuschließen.

Die Aufgabe heute besteht darin, den Protesten gegen den Krieg einen klassenkämpferischen Ausdruck zu verleihen. Und das natürlich auch an der Seite von Pazifist:innen. Die Kriegsvorbereitungen finden allerdings auch in unseren Vierteln statt, dort hat sich schon heute die Rüstungsindustrie und das Bundeswehr-Karrierecenter niedergelassen. In den Schulen werden immer häufiger Jugendoffiziere eingeladen, immer mehr Geld wird in den Aufbau der Rüstungsindustrie gesteckt und an Universitäten soll die Zivilklausel abgeschafft werden.

Karl Liebknecht drückte es vor über hundert Jahren folgendermaßen aus: „Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie“. Der Hauptfeind steht auch an den Orten, an denen wir leben und arbeiten – nehmen wir also dort den Kampf auf!



### Friedensbewegung oder Antimilitarismus?

Die Antikriegsbewegung hat eine lange Geschichte in Deutschland. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg stellte

# Kritischer Journalismus im Fadenkreuz

In Zeiten permanenter Kriege und Krisen verschärft sich auch der Druck auf Journalismus und Pressefreiheit. - Ein Kommentar von Paul Gerber.

In Deutschland wird uns schon in der Schule beigebracht, wie wichtig freier Journalismus ist. Die Presse gilt als „Vierte Gewalt“ in der deutschen Demokratie. Sie soll den Reichen und Mächtigen da auf die Finger schauen, wo sie es selbst nicht so gerne haben. Sie soll Machtmissbrauch und Korruptionsskandale aufdecken. Und sie soll die Äußerungen von Politiker:innen, die doch traditionell um Selbstlob bemüht sind, kritisch einordnen.

Soweit die Theorie. Und es gibt wirklich unzählige Journalist:innen in diesem Land, die genau diese Aufgaben als Kern ihrer eigenen Jobbeschreibung sehen würden. Auch wir von Perspektive wollen dazu beitragen.

Was aber geschieht mit der freien Presse in Zeiten zugespitzter politischer Konflikte zwischen Großmächten, wirtschaftlicher Krisen und Kriegen?

## Harte Zeiten für den Journalismus

In der jährlich veröffentlichten „Welt-rangliste der Pressefreiheit“ kommt die NGO Reporter ohne Grenzen im letztem Jahr zum Befund, dass die Pressefreiheit weltweit auf einem „historischen Tiefstand“ angelangt sei.

Neben Gewalt gegen Journalist:innen wird hier insbesondere ökonomischer Druck als zentrale Gefahr für Pressevielfalt bewertet. Zu einem Großteil gehe dieser Druck auf eine Konzentration der Eigentumsverhältnisse in der Presselandschaft und Druck durch Werbepartner oder Finanziers zurück. Auch zu begrenzte staatliche Fördermittel oder solche, die auf fragwürdige Art und Weise verteilt und eingesetzt werden, prangert die NGO an.

Auch in Deutschland lässt sich beobachten, dass die Medienlandschaft sich ausdünnert. Dies wird beschleunigt durch eine schnelle Veränderung der Art, wie Medien konsumiert werden und einem relativen Rückgang von gedruckten Medien. Der berühmte Springer-Verlag hingegen streicht offenbar weiterhin sprudelnde Gewinne ein und hat zuletzt sogar mit dem

Plan, „The Telegraph“, eine große britische Verlagsgruppe, aufzukaufen, für Schlagzeilen gesorgt.

Unabhängige Lokalredaktionen werden hingegen dicht gemacht oder zusammengelegt, die Redaktionsarbeit in einer Verlagsgruppe konzentriert. Und dass es schwer ist, sich gegen privatrechtliche Klagen von „rechtskonservativen“ Privatpersonen oder großen Unternehmen zu behaupten, wenn man keine entsprechende Kriegskasse hat, haben wir ja auch als Perspektive schon häufiger erlebt. Aber auf andere Medien wirkt dieser Effekt natürlich auch.

## Pressefreiheit vs. Staatsräson

Auch für Deutschland beklagt die NGO eine Verschlechterung der Lage. Hier wurde im letzten Jahr erstmals auch die Einschränkung der journalistischen Arbeit in den Medienredaktionen selbst als wesentlicher Problemfaktor angeführt.

Wer als Journalist:in während des israelischen Kriegs in Gaza das eigene politische Gewissen und Mitgefühl mit der palästinensischen Bevölkerung nicht schon in der Garderobe der Redaktion an den Haken hängen wollte, bekam schnell die volle Härte der „Deutschen Staatsräson“ zu spüren. Denn diese Staatsräson fordert bedingungslose Solidarität mit Israel.

Reporter ohne Grenzen berichtet auf der Grundlage von 60 ausführlichen Interviews mit Medienschaffenden in Deutschland davon, dass entsprechende Themenvorschläge häufig abgelehnt wurden. Auch seien in zahlreichen Redaktionen scharfe Sprachregelungen eingeführt und durchgesetzt worden. Die sahen dann etwa vor, dass der Krieg nicht als Genozid bezeichnet werden dürfte, Israel nicht als Apartheidsregime und die Hamas ausschließlich und immer als Terroristen bezeichnet werden müssen.

Dumm nur, dass diese „Sprachregelungen“ nicht nur im Widerspruch zur Realität stehen, sondern auch zu den Einordnungen durch die Vereinten Nationen und Menschenrechts-

organisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch; von Palästinenser:innen vor Ort mal ganz zu schweigen. In der Folge haben Journalist:innen ernste Schwierigkeiten bei der Suche nach zum Beispiel arabischen Interviewpartner:innen bekommen. Diese konnten sie nicht auf die Vorgaben der eigenen Redaktion verpflichten.

Leider bedarf es wohl nicht viel Fantasie, um sich auszumalen, wie sich diese Entwicklung ausgeweitet fortsetzen würde, wenn beispielsweise nicht nur ein mit der deutschen Regierung eng befreundeter Staat wie Israel, sondern Deutschland selbst an einem Krieg beteiligt wäre.



Die bittere Wahrheit ist, dass während sich die Großmächte auf einen neuen Weltkrieg vorbereiten, nicht nur Bomben und Panzer gebaut werden, sondern auch die „Heimatfront“ vorbereitet werden muss. Und da gehört eine möglichst staats-treue Presse mit möglichst wenig kritischen Stimmen an den entscheidenden Punkten unbedingt dazu.

## Entführungen, Vergewaltigungen, Morde: Journalist:innen als Zielscheibe

Wie aber steht es in Ländern, in denen die Fassade bürgerlicher Demokratie bereits weit stärker demontiert ist als in Deutschland? Wir können davon ausgehen, dass alle gerade beschrie-

benen Mechanismen dort ebenfalls wirken, aber sie werden häufig noch durch ganz offenen Terror gegen kritische Journalist:innen ergänzt.

Natürlich fallen uns hier schnell besonders bekannte Beispiele ein. Beispielsweise der Journalist Jamal Kashoggi, der 2018 in der saudi-arabischen Botschaft in Istanbul ermordet und zerstückelt wurde. Oder Daphne Galizia, die 2017 auf Malta durch eine Autobombe getötet wurde, nachdem sie zur Korruption auf Malta recherchiert hatte.

Aber solche direkten Formen der Gewalt beschränken sich bei weitem nicht auf diese prominenteren Fälle. Und sie betreffen auch Menschen aus Deutschland. Zum Beispiel die Journalistin und Aktivistin Anna Liedtke, die Ende letzten Jahres öffentlich machte, dass das israelische Militär sich mit einer Vergewaltigung an ihr rächte, weil sie sich an der Freedom Flotilla nach Gaza beteiligt hatte.

Ein noch aktuelleres Beispiel stellen die Journalist:innen Ahmed Polad und die aus Deutschland stammende Eva-Maria Michelmann dar, die nach aktuellem Kenntnisstand am 18. Januar im Zuge der Offensive durch die syrische Armee in der nordsyrischen Stadt Raqqa verschleppt worden sind.

Wo solche krassen Formen von Gewalt gegen Journalist:innen angewendet werden, geht es stets nicht nur darum, einzelne Journalist:innen zu bestrafen oder aus dem Weg zu räumen, sondern auch darum, alle Journalist:innen und Aktivist:innen, die es ihnen gleich tun könnten, einzuschüchtern.

Aushebeln lässt sich diese Strategie nur, wenn wir zu solchen Verbrechen nicht schweigen, sondern sie anprangern und öffentlich machen. Nicht um die Angst noch zu nähren, sondern damit Wut an ihre Stelle treten kann.



Die griechische klassenkämpferische Betriebsorganisation „Taxiki Poreia“ (sinngemäß „Weg des Klassenkampf“) hat im Februar eine landesweite Konferenz in Athen veranstaltet. Auf der Konferenz ging es um den Stand der Angriffe des Kapitals auf die Rechte, Arbeits- und Lebensbedingungen der griechischen Arbeiter:innenklasse, und darum, wie eine Antwort aus klassenkämpferischer Sicht aussehen kann. Wir haben die Genoss:innen zu den Ergebnissen ihrer Konferenz interviewt, um eine Brücke der internationalen Solidarität von Deutschland nach Griechenland zu schlagen.

**Liebe Genoss:innen, ihr habt ein anstrengendes aber erfolgreiches Wochenende voller Diskussionen hinter euch. Was waren die Schwerpunkte der Konferenz?**

Die Konferenz konzentrierte sich vor allem auf die jüngsten arbeiterfeindlichen Gesetze, die verabschiedet wurden und Tarifverträge sowie Löhne untergraben, und auf staatliche Eingriffe in die Gewerkschaften wie die Überwachung und Erstellung von Profilen von Gewerkschaftsmitgliedern durch den bürgerlichen Staat und die Kapitalist:innen. Neben diesen Themen behandelte die Konferenz auch den Kampf um Arbeitsplätze und Lohnerhöhungen sowie die Kritik an anderen Kräften innerhalb der Gewerkschaften – seien sie kapitalistennah oder reformistisch – die den Kampf der Arbeiter:innen in die Irre führen.

**Was waren die wichtigsten Ergebnisse des Treffens?**

Auf dem Treffen wurden einleitende Texte vorgestellt, die von allen Mitgliedern und den Personen, mit denen wir in Kontakt stehen, ausführlich diskutiert wurden. Gleichzeitig fand über mehrere Wochen hinweg ein öffentlicher Online-Dialog statt, in dem dutzende Kommentare zu verschiedenen Fragen der Arbeiter:innenbewegung von Genoss:innen sowie von interessierten Personen veröffentlicht wurden. Auf Grundlage dieser Diskussion wird eine Broschüre erscheinen, in der die zentralen Themen des Treffens zusammengefasst werden.

**Wie ist der aktuelle Stand der sozialen Reformen in**

**Griechenland, und wie wirken sie sich auf die Bemühungen zur Stärkung der Arbeiter:innenklasse aus? Was sind die entscheidenden Faktoren in diesem Kampf?**

In letzter Zeit entfaltet sich der Angriff auf zwei Ebenen: Einerseits untergraben die verabschiedeten arbeiterfeindlichen Gesetze Einkommen und Rechte der Beschäftigten, etwa in Bezug auf Arbeitszeiten, Urlaub, Arbeitssicherheit und Ähnliches. Andererseits werden Gesetze erlassen, die die Funktionsweise der Arbeiter:innenbewegung schwächen und sie in die bürgerliche Legalität einbinden. Das jüngste Gesetz betrifft die Tarifverträge. In unserem Land gibt es inzwischen nur noch sehr wenige Tarifverträge. Entsprechend den EU-Richtlinien wird die Regierung neue Tarifverträge einführen. Diese werden jedoch nicht unter Druck der Beschäftigten ausgehandelt worden sein und eher als arbeitsrechtliche Regelwerke fungieren: Sie gewähren keine echten Rechte und garantieren keine Erhöhung der Mindestlöhne. Zudem setzen sie die Gewerkschaften unter Druck, Mitgliederlisten und Finanzunterlagen offenzulegen sowie sich staatlich registrieren zu lassen, wenn sie am Verhandlungsprozess teilnehmen wollen. Dieses Gesetz untergräbt also nicht nur die Rechte der Beschäftigten und verhindert bessere Lohnverhandlungen, sondern schwächt auch die gewerkschaftliche Organisation und verstärkt die direkte staatliche Kontrolle über die Gewerkschaften. Angesichts dieser Situation dürfen sich die Arbeiter:innen weder von der Regierung noch von der bürgerlichen Legalität einschüchtern lassen; sie müssen sich organisieren und ihre Rechte einfordern,

selbst wenn der Staat damit droht, ihre Gewerkschaften zu verbieten.

**Hier in Deutschland wird die Arbeiter:innenbewegung von den gelben und reformistischen DGB-Gewerkschaften dominiert. Wie ist die Situation in Griechenland? Welche Gewerkschaften sind die wichtigsten Akteure, und wie ist euer Verhältnis zu ihnen?**

In Griechenland gibt es im privaten Sektor eine einheitliche Gewerkschaftsstruktur und eine weitere im öffentlichen Sektor. Der Dachverband, der die Gewerkschaften und Föderationen des privaten Sektors koordiniert, wird von bürgerlichen Kräften der PASOK („Panhellenische Sozialistische Bewegung“, Sozialdemokratische Partei, Anm. d. Red.) kontrolliert; tatsächlich wird gegen den Generalsekretär dieses Verbands derzeit wegen Veruntreuung europäischer Gelder ermittelt. Im Dachverband des öffentlichen Sektors ist die führende Kraft die reformistische Gewerkschaft der KKE („Kommunistische Partei Griechenlands“, Anm. d. Red.), gefolgt von bürgerlichen und rechten Kräften. Wir arbeiten mit Vertreter:innen in den Gewerkschaften und damit auch in den sekundären Strukturen der Arbeiter:innenbewegung sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor zusammen. Die Mehrheit der Menschen ist heute nicht gewerkschaftlich organisiert. Es herrscht ein Zustand der Zersplitterung, und in diesem wählen systemnahe und reformistische Kräfte Vertreter:innen und erzeugen eine Art Scheinrealität. Wir greifen ein, um die Beschäftigten davon zu überzeugen, ihren Gewerkschaften beizutreten,

regelmäßig Vollversammlungen abzuhalten und für ihre Löhne, ihre Rechte und die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu kämpfen. Wir versuchen, die Logik des Stellvertretertums zu durchbrechen und die Arbeiter:innen selbst zu mobilisieren.

**Möchtet ihr noch abschließende Worte an die deutsche Arbeiter:innenklasse richten? Wie können wir euren Kampf in Griechenland unterstützen?**

Genoss:innen, die Arbeiter:innenklasse in Griechenland und Deutschland hat nichts, was sie voneinander trennt. In einer Zeit, in der dieses System nur Krieg und Armut hervorbringt, müssen wir unsere Stärke in Solidarität und Organisation finden. Wir müssen uns den Kriegsplänen von Imperialisten und Kapital widersetzen. Wir müssen uns gegen den Krieg im Iran und in der Ukraine stellen. Wir müssen für unsere eigene Perspektive kämpfen. Unser Kampf für Rechte, Löhne und Organisation ebnet den Weg für die Zukunft der Arbeiter:innenklasse. Koordinieren wir unseren Kampf. Koordinieren wir unsere antimilitaristischen Mobilisierungen und bemühen wir uns, Erfahrungen aus Kämpfen in Betrieben und Gewerkschaften auszutauschen. Dieser Kampf ist ein gemeinsamer – wir haben nicht nur nichts, was uns trennt, sondern die ganze Welt zu gewinnen.

*Das Interview wurde auf Englisch geführt und von uns ins Deutsche übersetzt.*

# 70 Jahre BND: Spionage für den Krieg

Vor 70 Jahren wurde der deutsche Auslandsgeheimdienst BND von den USA zusammen mit Faschist:innen aufgebaut. Während er damals gegen die vermeintliche kommunistische Gefahr eingesetzt wurde, ist sein Ausbau heute Teil der deutschen Kriegsvorbereitungen. Die sollten wir sabotieren, kommentiert Ivan Barker.

Wer vor zwei Jahren an Werbetafeln an Bahnhöfen und Bushaltestellen vorbeigegangen ist, dem mag der Spruch „Wir suchen Terroristen, m/w/d – Finde sie mit uns“ aufgefallen sein. Mit einer groß angelegten Werbekampagne versuchte der Bundesnachrichtendienst (BND) damals, neues Personal zu gewinnen. Für seinen 70.

Geburtstag fehlt dem deutschen Auslandsgeheimdienst ein Slogan, dafür gibt es am 1. April eine Veranstaltung im eigenen Besucherzentrum, in der es um „Auftrag, Arbeit und Geschichte“ des Geheimdienstes gehen soll.

## Aufbau durch Nazi-Kader

Dabei fängt die Geschichte des BND eigentlich nicht 1956, sondern schon einige Jahre früher an. Es entsprach den US-amerikanischen Interessen, nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland einen Stützpunkt vor allem gegen die Sowjetunion aufzubauen. Dabei stützten sie sich auch auf viele Nazi-Kader, die in der Zusammenarbeit mit den USA wiederum ihre Chance auf das Fortbestehen ihrer Karrieren sahen.

Zu ihnen gehörte unter anderem Reinhard Gehlen, im Zweiten Weltkrieg Leiter des Militärgeheimdienstes „Ab-



© Olaf Kosinsky Olaf Kosinsky creator QS-P170\_Q30108329 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2019-10-06\_Bundesnachrichtendienst\_Zentrum\_Technische\_Aufklärung\_in\_Pullach\_Einfahrtbereich\_by\_OlafKosinsky\_MG\_1288.jpg), „2019-10-06 Bundesnachrichtendienst Zentrum Technische Aufklärung in Pullach Einfahrtbereich by OlafKosinsky MG 1288“, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode

teilung Fremde Heere Ost“ der Wehrmacht. Er begab sich gemeinsam mit Gerhard Wessel freiwillig in US-amerikanische Kriegsgefangenschaft und übergab den US-Amerikaner:innen Informationen, die sie während des Krieges über die Rote Armee und die Sowjetunion gesammelt hatten. Mit dem Aufbau des Geheimdienstes, der später den Namen „Organisation Gehlen“ bekam, wurde unter Leitung der US-Armee bereits 1946 begonnen. Als die inzwischen gegründete Bundesrepublik 1952 die Zustimmung der Alliierten bekam, die Verfügungsgewalt über einen eigenen Auslandsnachrichtendienst haben zu können, begann der nächste Aufbauprozess. Dessen Ergebnis war die vollständige Übernahme der Organisation Gehlen, die von da an den Namen BND bekam.

## Umbau dank Zeitenwende

Schwerpunkt des BND war nach seiner Gründung vor allem die Spionage

gegen die DDR. In den Jahren nach ihrer Annexion verlor der BND zum Teil an Einheiten und Befugnissen. Aber ähnlich wie in Bezug zur Bundeswehr verhalf der Ausbruch des Ukraine-Kriegs dem BND zu neuer Aufmerksamkeit. Die ausgerufene Zeitenwende sollte auch dort ankommen. So sprach der 2025 zum neuen BND-Präsidenten bestimmte Martin Jäger davon, dass der BND seine Gegner konfrontieren müsse, wo immer dies nötig sei. Außerdem sollen weiter gehende Befugnisse laut der Bundesregierung, die aktuell an einem neuen BND-Gesetz arbeitet, auch nicht mehr lange auf sich warten lassen. So soll es ihm zum Beispiel zukünftig möglich sein, erfasste Inhalte von Kommunikation über das Internet zu speichern, oder Betreiber von Onlinediensten und Plattformen, die nicht freiwillig Daten herausgeben, legal zu hacken.

Bislang darf der BND trotzdem nur

Informationen sammeln, und keine Sabotagen, militärische Operationen oder ähnliches durchführen. Das unterscheidet ihn zum Beispiel von der US-amerikanischen CIA oder dem israelischen Mossad. Angesichts des deutschen Anspruchs, im Wettkampf um die Weltherrschaft vorne mitspielen, ist es aber nur eine Frage der Zeit, bis auch hier die Grenzen aufgeweicht werden müssen.

## Kriegsvorbereitungen sabotieren

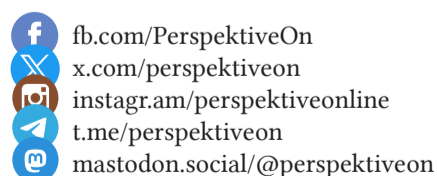
Gut funktionierende Geheimdienste, sowohl im In- als auch im Ausland, sind für jedes imperialistische Land eine Notwendigkeit. Insbesondere wenn es um die Vorbereitung eines nächsten großen Krieges geht, spielt der Auslandsgeheimdienst eine zentrale Rolle. In diesem Kontext stehen deswegen die Pläne und Reformen für den BND nicht isoliert, sondern sind ein konkreter Teil der deutschen Kriegsvorbereitung.

Daran ändert auch keine Werbekampagne und keine Geburtstagsfeier etwas. Alle, die kein Interesse an imperialistischen Kriegen haben, sind angesichts von 70 Jahren BND besser beraten, Sabotage und Aktionen gegen Krieg in die eigene Hand zu nehmen.

## PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>



**V.i.S.d.P.:**  
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.  
Homarstraße 64  
51107 Köln

## PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp:**  
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:  
<https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LIK2N>

Kanalname bei **Telegram:**  
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:  
<https://t.me/perspektiveon>

## PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



## MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:  
<https://perspektive-online.net/printabo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:  
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:  
<https://perspektive-online.net/spenden>